

Von der ärztlichen Versorgung bis zu den Stromkosten

Villingen-Schwenningen. Mit Vertretern der Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) im Schwarzwald-Baar-Kreis um ihren Kreisvorsitzenden Gottfried Schmidt hat sich CDU-Bundestagsabgeordneter Thorsten Frei jetzt über die Energiekrise, die hohe Inflation und deren Folgen, aber auch über das anstehende Bürgergeld oder die Ärzteversorgung in ländlichen Regionen unterhalten. Das geht aus einer Pressemitteilung aus dem Büro des Abgeordneten hervor.

Die Runde war sich demnach einig, dass die Menschen die aktuell hohen Belastungen nicht alleine stemmen können und finanziell unterstützt werden müssen, wenn es um die Begleichung hoher Gas- und Stromrechnungen geht.

„Problem nicht leicht zu lösen“

Immer mehr ältere und damit auch mehr kranke Menschen und gleichzeitig weniger Mediziner auf dem Land in Hausarztpraxen sind ein wachsendes Problem, das Gottfried Schmidt schon lange umtreibt. Auch das lange Warten auf Facharzttermine sei nicht mehr akzeptabel, sagte er. Thorsten Frei stimmte ihm zu, doch das Problem sei nicht leicht zu lösen. Derzeit gebe es in Deutschland so viele Medizin-

studenten wie noch nie, aber die wenigsten seien bereit, später ihren Beruf auf dem Land auszuüben, schon gar nicht als Rundum-die-Uhr-Hausarzt wie früher. Dies führe in einer alternden Gesellschaft unweigerlich zu den bekannten Problemen. Die aktuelle Zuwanderung aus der Ukraine verschärfe die Lage nochmals, denn auch Flüchtlinge bräuchten eine medizinische Versorgung.

Mit finanziellen Anreizen und niedrigeren Hürden für Seiteneinsteiger, etwa Notfallhelfer, könne die Politik zwar zusätzliche Ärzte fürs Land gewinnen, nicht aber den Bedarf decken. Hier müsse die digitale Technik und Telemedizin weiter ausgebaut werden. Als äußerst bedrohlich in finanzieller Hinsicht

für Millionen, aber auch als Gefahr für den sozialen Frieden werden die sehr hohe Inflation und die noch viel höher gestiegenen Energiepreise bewertet. „Bei den Energieproblemen wird der Staat helfen können, aber bekommt die Regierung die Inflation nicht in den Griff, wird sehr viel Vertrauen in den Staat verloren gehen“, betonte Thorsten Frei.

Mit immer noch mehr Schulden leiste man der hohen Inflation Vorschub. Deshalb stehe die Union unbedingt für die Einhaltung der Schuldenbremse, als „klares Signal für die Geldmärkte.“ Um die hohen Stromkosten in den Griff zu bekommen, unterstützt die CDA die Forderung der Union, die Kernkraftwerke länger laufen zu lassen. Günstigere

Energiekosten seien dringend geboten, denn hohe Gasrechnungen würden letztlich vielfach beim Vermieter auflaufen, der dann selbst in finanzielle Bedrängnis geraten könne oder dem Markt letztlich Wohnraum entziehen werde.

Kritik am Bürgergeld

Als völlig falsches Signal sah die Runde laut Pressemitteilung das Bürgergeld ab 2023. Schon allein der Begriff mache das Nicht-Arbeiten salonfähig. Zudem mache die Höhe für viele Niedriglohneempfänger das Arbeiten uninteressant. „Das Bürgergeld ist für unschuldig in Not Geratene vollkommen berechtigt, nicht aber für jene, die jeder Arbeit gekonnt aus dem Weg gehen“, meinte Schmidt. *eb*



Vertreterinnen und Vertreter der CDA unterhielten sich mit Thorsten Frei über aktuelle politische und gesellschaftliche Probleme. *Foto: Privat*